

Umfrage zur Situation zum Schuljahresbeginn 2020/21

Auswertung der Antworten zur offenen Frage

1. Zum Management des Schulministeriums

Kritische Aspekte:

- das Hin und Her von Vorgaben und deren Zurücknahme macht die Organisation von Unterricht und Hygienemaßnahmen macht die Leitungsarbeit äußerst aufwändig; Verfallswert der Pläne des Ministeriums zu kurz
- SI sehen sich extrem in der Schulleitungsarbeit ausgebremst
- die Unklarheit der Vorgaben
- zu wenig Praxistauglichkeit einiger Vorgaben
- zu späte Information der Schulleitungen
- widersprüchliche Regelungen, z.B. Maskenpflicht am Vormittag, keine Maskenpflicht im OGS am Nachmittag
- Fehlende Planungssicherheit für den Schulstart nach Ferien
- zu späte Bereitstellung von LogineoLMS mit Messenger und Videokonferenz-Tools vor den Sommerferien – man hätte die 6 Wochen gerne zur Vorbereitung des neuen Schuljahres genutzt
- falsche Informationsreihenfolge des Ministeriums: erst die Schulleitung, dann erst die Presse, weil
 - a) die Zeit für Umsetzungen immer zu spät und knapp war
 - b) weil Pressemitteilungen die dienstliche Verbindlichkeit fehlt
- dauerhafte, sehr schlechte Kommunikation des Ministeriums mit Schulleitungen und Schulen – Adressat Presse und Öffentlichkeit, Umsetzungspflicht hat die Schule
- Ein Mailfach am üblichen Dienstweg vorbei wurde seitens des Ministeriums eingerichtet, allerdings als Einbahnkommunikation. Rückfragen sind nicht möglich.
- Inkompetenz des Dienstherrn wird tendenziell seitens der Elternschaft auf die Schulleitungen projiziert, als unfähig und zu langsam, die Organisation der Schule zu bewältigen
- Eltern geben sich z.T. grenzenlos in ihren Forderungen an Schulen
- Worthülsen der Ministerin statt ehrlicher und sprachlich klarer Aussagen
- Mangelnde Ehrlichkeit der Ministerin, Schönreden der Situation
 - Beispiel Logineo: seit Jahren angekündigt, immer noch nicht alle Tools verfügbar
- Ankündigung von Millionenprogrammen zu einem Zeitpunkt, an dem sie nicht mehr abrufbar sind, z.B. nach Beginn der Ferien, letzter Schultag um 11 Uhr oder am Montag der 1. Ferienwoche
- Maßnahmen des Ministeriums erinnern mehr an das Spiel „Schwarzer Peter“ denn an eine Steuerung und Führung durch das MSB
- Fehlende Sachinformation der Schulleitungen zum Virus und zur Pandemie. Kenntnisse hat sich jede Schulleitung selbst angeeignet, aus den persönlich jeweils bevorzugten Informationsquellen: Das kann es nicht sein. Warum geizt das Schulministerium mit sachbezogener Information und jeweiligem eigenen Kenntnisstand?

Entsprechende Forderungen:

a. Planungssicherheit

- Anweisungen: sie müssen rechtzeitig, verbindlich und klar sein, den ausreichenden Vorlauf zur Umsetzung haben, besonders zur Vorbereitung des Unterrichts und des gesamten Schuljahres vor den Ferien vorliegen
- besser durchdachte und daher länger tragfähige Entscheidungen
- immer auch mit Plan B. Das spart Arbeit und ermöglicht mehr Flexibilität der Schulorganisation
- Konkrete Handlungsoptionen für den Umgang mit widersprüchlichen Vorgaben, z.B. Hygienekonzept versus vollumfänglicher Unterricht
- Konkrete Vorgaben für Schulstart nach den Ferien sollen mit Alternativen versehen sein, entsprechend verschiedener denkbarer Szenarien, und sie sollen vor den Ferien bekannt gegeben werden, damit Schulen Konzepte dazu ausarbeiten können und nach den Ferien parat haben
- Langfristiger Stufenplan gefordert
- „Wir haben dem Ministerium durch unsere Entscheidungen immer wieder den Hintern gerettet“

b. Rechtssicherheit

- konkretere und verbindliche Vorgaben als Rahmen erwünscht
- der Vorgaben zum Umgang mit Reiserückkehrern
- zu Risikogruppen bei Pädagog_innen und Schüler_innen
- Übernahme der Verantwortung für das Infektionsrisiko der Lehrkräfte durch den Arbeitsgeber Land NRW? Für die Schüler_innen der Schulträger? Wer?
- Verbindliche rechtliche Regelungen und Sicherheit bezüglich der Verwendung von Office 365
- Zusicherung der Kompensation coronabedingter Unterrichteinschränkungen im Laufe der nächsten Zeit von Seiten des Schulministeriums und Planung entsprechender Maßnahmen ist sofort nötig. Die Ankündigung von 75 Mio Euro zu einem Zeitpunkt, an dem alle in Ferien sind und nichts organisiert und abgerufen werden kann, dient offenkundig nicht dem Verbrauch dieser Gelder für Lernangebote in Ferien. Das Ministerium muss allen Beteiligten mitteilen, wie es mit dem verlorenen Halbjahr umgehen will.
- datenschutzrechtliche Sicherung für die Verwendung von Schulmanagement-Systemen alternativ zu Logineo
- Vorgaben für Leistungsbewertung und Zeugnisformulare betreffend den Sachverhalt „Distanzunterricht“
- reduzierte Anforderungen an Richtlinien und Lehrpläne für dieses Schuljahr, den Nachholbedarf aufarbeiten, der trotz digitaler Bildung entstanden ist bei fehlender Bezugsperson Lehrer_in und fehlender individueller Zuwendung beim Lernen

c. Verringerung des Mehraufwands und Entfrachtung der Bürokratie

- Einheitliche Unterstützung der Schulleitungen
- Zurkenntnisnahme und Würdigung des extremen Extra-Aufwands für die Organisation der Schule, besonders die Schulleiter_innen

- Erstellung von „Bausteinen“ zur Umsetzung verschiedener Szenarien, damit nicht jede Schule für sich allein ständig neue und mit Alternativen versehene Planungen leisten muss neben der normalen alltäglichen Arbeit
- unbürokratische Abwicklung bei Datenabfragen, Bestellungen, Rückmeldungen;
- Vermeidung der Doppelung von Aufträgen an Schulleitung zusätzlich zu bereits existierenden Regel-Abfragen (z.B. Lehrer- und Unterrichtsstatistiken)
- Sicherung der Verantwortungsübernahme durch die Verantwortlichen, auch die verantwortlichen Behörden

d. Mitwirkungsrechte, Beteiligung und Beachtung der Stellung des Schulleiters/der Schulleiterin

- Es fehlen Möglichkeiten der Mitarbeit für Schulleitungen, Teilhabe an Entscheidungen
- Unklar verteilte Verantwortlichkeiten bei der Gefährdungsbeurteilung als Aufgabe von Schulleitung, sie bedürfen der eindeutigen Klärung (auch Rolle von Gesundheitsämtern)
- Umgang mit Schüler_innen, die zur Risikogruppe gehören (Asthmatiker...)
- Transparenz für diverse Szenarien wäre notwendig, Beteiligung der Expertise Schulleitung bei der Maßnahmenplanung und nicht erst nach der Planung
- mehr Entscheidungsbefugnisse der Schulleitung, z.B. für eigene Schulkonzepte, damit möglichst viele Kinder in der Schule lernen können, z.B. für praxistaugliche standortbezogene Umsetzung von Vorgaben
- Eigenverantwortliche Bereiche für die jeweilige Schule und Schulleitung für Entscheidungen und die Freiheit danach handeln zu können
- Möglichkeit schulbezogen die Stundentafel verantwortungsvoll zu kürzen und dafür in kleineren Gruppen oder zeitversetzt zu unterrichten (auch Wechsel Vor- und Nachmittagsbereich)
- mehr Flexibilität für Ausgestaltung und Organisation von Notbetreuung und Unterricht (z.B. die Möglichkeit eines „Sonderplans Präsenzunterricht“ für die zu Hause nicht erreichbaren Schüler_innen, um diese nicht wieder zu verlieren)
- Wertschätzender Umgang heißt Kompetenzen vor Ort stärken, Schulleitungsnetzwerke und Austausch zwischen Schulen stärken: „Aus meiner Erfahrung schaffen das viele Schulen vor Ort alleine durch Vernetzen mit anderen Schulen, Absprachen in den Kommunen und in Zusammenarbeit mit dem Schulträger“.
- Vorschlag: Sofort bei Beginn einer Krise ein „Forum für gute Beispiele aus Schulen“ einrichten.... Viele Angebote kommen viel zu spät.“
- intelligentere Beratung in der „Schulaufsichtskette“ und weniger „Ja-Sager“
- In einer Krise: Etablierung einer „praktikablen Beratungsstruktur“
- Eigenverantwortung in Schulen nötig: Praktiker aus den Schulen können Gegebenheiten viel besser beurteilen.
- Da wo die Verantwortung liegt, sollte auch die Entscheidung getroffen werden.
- Klare Vorgaben oder größere Spielräume!

2. Ressourcen

- mehr Schulleitungszeit und mehr Arbeitszeit für das Kollegium für erhöhten Planungs- und Organisationsaufwand
- bessere Stellenversorgung und Nachwuchssicherung im Lehrerberuf (offizielle Ausbildung)
- rechtzeitige Ausstattung der Lehrkräfte und der Schüler_innen mit digitalen Geräten

- Bereitstellung von Logineo und Videokonferenz-Tools vor den Sommerferien, in diesem Sommer Verlust von wochenlanger möglicher Einarbeitungszeit
- Ausstattung der Schulen mit W-Lan
- Freigegebene Summen für Ferienangebote verfallen durch Ignoranz gegenüber den Zeitschienen und Rahmenbedingungen bei Ministerium und Schulträger
- Personenkreis der Schwangeren – fällt vollständig aus
- Es ist mehr Personal nötig als sonst – das bedingt Unterrichtsausfall
- Erheblich mehr Personal für Vertretungssituationen
- mehr Personal für Aufsichtssituationen und andere Unterstützung unabhängig von pädagogischem Personal

3. Schulträger

- Fordern einen „organisierten Schulträger“ (reagiert häufig sehr spät oder gar nicht)
- Beschaffung digitaler Ausstattung allenfalls erst Ende des Jahres erwartbar
- Ausstattung mit digitalen Medien: „umgehende massive technische Aufrüstung“
- Anmietung von Räumlichkeiten
- Außerdem: Lehrerzimmer zu klein, Mensa zu klein, nichts passiert – die „normale“ Langsamkeit der bürokratischen Abläufe
- Aufstockung des Personals und krisenbezogene Berechnung von Arbeitszeiten für Hygienemaßnahmen
-
- Das Schulministerium interessiert der Zustand der Schulen in NRW nicht. Die Zuständigkeit liegt überwiegend bei den Kommunen. das Land zahlt Geld und nimmt sich ansonsten aus der Verantwortung

4. Fortbildung für digitalen Unterricht

- Administratorenschulungen zu LogineoLMS kommen zu spät
- bessere Voreinrichtung für die verschiedenen Schulstufen wären nötig
- zielorientierte Schulung für die Konzeption und didaktische Gestaltung digitalen Unterricht einerseits und krisenbedingter „Notunterricht“, als „Distanzlernen“ andererseits – was völlig unterschiedliche Lehr-Lernveranstaltungen sind

5. Rahmenvorgaben und Unterstützung zum Distanzlernen und zum digitalen Lernen

- „Distanzlernen“ wird fälschlicherweise unbedarft mit digitalem Unterricht gleichgesetzt;
- konkretere und verbindliche Vorgaben erwünscht zu rechtlichen Aspekten betr. Unterricht und Leistungsbewertungen sowie Prüfungsrecht;
- zu arbeitsrechtlichen Aspekten werden Rahmenvorgaben benötigt, etwa zu den Arbeitsbedingungen des Lehrer-Home-Office und des Schüler-Home-Office
- gerade die jüngeren Kinder sind nicht in der Lage, die Sachen eigenverantwortlich zu organisieren und zu bearbeiten, Eltern müssen helfen; Vergleichbare Bedingungen den Elternhäusern als Lernort gibt es nicht; einige haben weder Internet noch Geräte, andere können Geräte zu Hause selbst nicht entsprechend einrichten, oder sie können Erklärungen aus sprachlichen oder anderen Gründen nicht folgen
- Handlungsempfehlungen dienstrechtlicher Art notwendig
- durchdachte Hinweisung zur Durchführung des Distanzunterrichts

- Sicherung der pädagogischen Bezugsperson (Kontakt, Zeit, Zuwendung, individuelle Bildung)
- Einbeziehung von „Randgruppen“ der Schülerschaft in Maßnahmenplanung (z.B. Sinnesgeschädigte, ES-Schüler-innen, Förderschüler_innen insgesamt, Inklusionsschüler ...)
- mehr Schulsozialarbeit
- wessen Leistung wird beurteilt? Werden Defizite der Eltern-Lehrleistung für die Kinder jemals durch das Land NRW im Rahmen seines Bildungsauftrags aufgearbeitet?
-

6. Rahmenvorgaben zum Distanzlehren – Arbeitsplatz Lehrkraft & Arbeitsplatz Schüler_in

- Unterstützung bei der Installation, Organisation und Durchführung von Homeschooling und Home-Office durch den Arbeitsgeber, in der Regel Land NRW
- Tiefgreifende Reform, für die keine weiteren Ressourcen zur Verfügung stehen – muss alles nebenbei entwickelt werden
- ebendieses gilt auch für den Arbeitsplatz der Schülerinnen und Schüler, zuständig die Kommune/der Schulträger
- Klärung der Arbeitszeiten und Arbeitsplatzgestaltung für pädagogisches Personal und Schülerschaft
- verpflichtende Fortbildungsangebote zum digitalen Lernen der Lehrkräfte in der letzten Ferienwoche erwünscht

„Alle Kritikpunkte haben Fortbestand im neuen Schuljahr.“

Ein einziges generelles Lob:

„In den Behörden ist gute Arbeit geleistet worden Wir sind alle nur Menschen und ich habe die Erfahrung gemacht: Wir wollen alle zusammen diese schwierige Zeit bewältigen.“